

ZUM GEDENKEN AN DIE NOVEMBERPOGROME 1938

„Antisemitismus lässt sich nicht abschieben: Wir müssen ihn wirksam in unserer vielfältigen Gesellschaft bekämpfen – hier und jetzt“

- **Bildungsstätte Anne Frank fordert von Politik und Gesellschaft den entschlossenen Kampf gegen Antisemitismus und ein aktives Eintreten für den Schutz von Jüdinnen_Juden in Deutschland**
- **Es gilt, eine (digitale) Erinnerungskultur mit dem Kampf gegen heutige Formen von Antisemitismus zu verbinden – auf den Straßen, Schulhöfen und in Social Media**

Anlässlich des Gedenktags an die Novemberpogrome 1938 am 9. November appelliert die Bildungsstätte Anne Frank an Politik und Gesellschaft, sich klar und kompromisslos gegen Antisemitismus und an die Seite von jüdischen Menschen zu stellen. Vor dem Hintergrund des Terrors vom 7. Oktober, dem größten Massenmord an Jüdinnen_Juden seit der Shoah, und des laufenden Israel-Gaza-Krieges erlebt Deutschland eine beispiellose Welle antisemitischer Gewalt, auf Straßen und Schulhöfen genauso wie im Netz.

„85 Jahre nach den Novemberpogromen von 1938 haben Jüdinnen_Juden erneut Angst, auf die Straße zu gehen, ihre Kinder zur Schule zu schicken oder sich in der Öffentlichkeit als Juden zu erkennen zu geben. Auf Demonstrationen werden antisemitische Parolen gerufen, Häuser, in denen jüdische Menschen leben, mit dem Davidstern markiert – und weite Teile der Gesellschaft schauen schweigend zu“, sagt Dr. Deborah Schnabel, Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank. Für viele Jüdinnen_Juden sei es 1938 besonders schmerzhaft gewesen, dass Nachbar*innen und vermeintliche Freund*innen den antisemitischen Ausschreitungen tatenlos zuschauten oder sogar selbst in der johlenden Menge mitliefen. Es gab kaum nennenswerten Widerstand gegen die Pogrome. „Bei allen zeithistorischen Unterschieden: Auch heute fühlen sich Jüdinnen_Juden in Deutschland allein gelassen in ihrem Schmerz über den Terror des 7. Oktobers und in ihrer Angst angesichts des zunehmenden Antisemitismus“, so Schnabel weiter.

Deborah Schnabel fordert die Politik auf, den Kampf gegen Antisemitismus entschlossen voranzutreiben, ohne ihn für populistischen Stimmenfang zu instrumentalisieren: „Wenn Politiker*innen den Antisemitismus jetzt ausschließlich bei Muslim*innen, Geflüchteten oder unter Linken verorten, machen sie es sich zu bequem.“ Selbstverständlich müssten die spezifischen Erscheinungsformen von Antisemitismus in unterschiedlichen Szenen und Milieus konkret bekämpft werden und islamistische Terrororganisationen in Deutschland konsequent verfolgt werden. „Die Klage über einen angeblich ‚importierten Antisemitismus‘ nährt jedoch ein rassistisches Narrativ, das die jüdische Gemeinschaft in Deutschland genauso wenig schützen wird wie der Ruf nach Abschiebungen, die weitere Aufweichung des Asylrechts oder pauschale Verbote von Palästina-Solidarität. Antisemitismus ist in allen gesellschaftlichen Milieus verbreitet – das wissen wir aus unserer Bildungsarbeit mit Schulen, Unternehmen, Behörden sowie Kulturbetrieben. Er lässt sich schwer abschieben, wir müssen ihn wirksam in unserer vielfältigen Gesellschaft bekämpfen, hier und jetzt.“

„Auch im Netz erleben wir derzeit einen neuen Höhepunkt in der Verbreitung von Antisemitismus aller erdenklicher Formen, dazu gehört auch die Instrumentalisierung der NS-Geschichte in Debatten über den Nahostkonflikt“, sagt Eva Berendsen, Leitung Kommunikation / Politische Bildung im Netz. „Israel wird mit NS-Deutschland gleichgesetzt, Netanjahu mit Hitler, das israelische Militär IDF mit der SS – der Krieg in Gaza wird als zweiter Holocaust propagiert.“ Der Flut an antisemitischer Hetze, Israelhass, Verschwörungstheorien und Fake News bei Youtube, Instagram, TikTok & Co. könnten die wenigen Bildungsangebote kaum etwas entgegensetzen.

Besonders im Blick hat die Bildungsstätte Anne Frank die Videoplattform TikTok: „Es besorgt uns zutiefst, wie antisemitischer Content, Verschwörungstheorien und Fake News im Kontext des Nahostkonflikts auf ein sehr junges Zielpublikum treffen, das auf wenig Wissen zurückgreifen kann: Jugendliche und junge Erwachsene konsumieren tagtäglich massenhaft Antisemitismus in Form von Terrorverherrlichung, Hass auf Israel und einseitig dämonisierenden Deutungen der Geschichte des Nahostkonflikts“, so Berendsen weiter. Hier werde aktuell der Nährboden für den Terrorismus von morgen bereitet.

„Die Lehre aus der Geschichte der Novemberpogrome bedeutet für uns, dass wir Judenfeindschaft und Antisemitismus sofort entgegentreten müssen – sei es auf den Straßen, auf Demonstrationen oder in den Kommentarspalten bei TikTok und Instagram“, sagt Dr. Deborah Schnabel. „Um antisemitische Hetze, Israelhass und

Verschwörungstheorien wirksam zu begegnen, brauchen wir jetzt einen massiven Ausbau der Erinnerungskultur, welche das Gedenken mit dem Kampf gegen heutige Formen von Antisemitismus verbindet – auf den Straßen, Schulhöfen und in Social Media.“ Da sei die Politik gefordert, entsprechende Programme und Bildungsoffensiven zu initiieren und nachhaltig zu fördern.

Angriffe gegen das Erinnern an den NS und das Gedenken an die Opfer der Shoah kommen von allen Seiten – Rechtsextreme fordern seit Jahren ein Ende des „Schuld Kults“, in linken Kreisen werden die Parolen „Free Gaza from German guilt“ skandiert. Eine Schlussstrichmentalität macht sich aber auch in weiten Teilen der Gesellschaft bemerkbar, teils mit abstrusen Begründungen: Zuletzt hatte eine Kita in Sachsen-Anhalt entschieden, den Titel Anne Frank abzulegen und begründete die Namensänderung mit migrantischen Kindern, die keinen Bezug zur NS-Geschichte hätten. Dazu Deborah Schnabel: „Der Holocaust ist eine universelle Geschichte: Alle jungen und alten Menschen in unserer Gesellschaft – ob mit oder ohne Migrationsgeschichten – können und sollten sich damit auseinandersetzen.“

Die aktuellen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen in Folge des 7. Oktobers liegen für Schnabel darin, die jüdische Bevölkerung in ihrer Trauer um die Opfer der Hamas zu begleiten, ihre Angst vor grassierendem Antisemitismus ernst zu nehmen und sie zu unterstützen – sowie gleichzeitig Solidarität mit den Palästinenser*innen und den zivilen Opfern in Gaza zu ermöglichen und nicht gleich zu kriminalisieren: „Es gilt, Räume zu schaffen, in denen Trauer und Solidaritäten möglich sind – aber diese müssen mit einer entschiedenen Haltung verbunden werden: Das Existenzrecht Israels ist unverhandelbar, Israel hat nicht allein Schuld am Nahostkonflikt – und es ist keine legitime Kritik, das Handeln des Staates Israel mit dem Holocaust – also der systematischen Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Jüdinnen_Juden durch die Nationalsozialisten – gleichzusetzen.“

Bildungsstätte Anne Frank

Sitz in Frankfurt am Main entwickelt innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Als Teil des vom BMFSJ geförderten „Kompetenznetzwerk Antisemitismus“ (Kompas) gehört die Bildungsstätte Anne Frank zu den fünf bundesweit tätigen Organisationen mit langjähriger Erfahrung in der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen (digitalen) Bildungsarbeit und der Beratung von Betroffenen sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle.

Im Rahmen des „Aktionsplan Rechtsextremismus“ des Bundesinnenministeriums entwickelt die Bildungsstätte Angebote der Radikalisierungsprävention im Zusammenhang mit Verschwörungsideologien.

#Israel

#Nahostkonflikt

#NieWiederIstJetzt

Marie-Sophie Adeoso
Ansprechpartnerin für
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 264
M. madeoso@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main